

Wer schützt Bayerns Bürger?

Die vielfältigen Meldungen zur Planung der P44mod als Ausfallleitung zur HGÜ-Trasse des Süd-Ost-Links lässt die Bürger relativ ratlos zurück.

Fakt ist, dass die Wechselstromtrasse P44mod im Netzentwicklungsplan 2030 neben weiteren 1940 zusätzlichen Trassenkilometern enthalten ist und in einem Interview von Ilse Aigner im BR am 31. Januar auch zur „Vorzugstrasse“ erklärt wurde. Um die „Überbündelung“ in Grafenrheinfeld durch die P44 zu vermeiden stellt die P44mod durch das Nürnberger Land auch laut des Koalitionsvertrages von 2015 eine drohende Alternative für das Nürnberger Land und seine Bürger dar.

CSU-Politiker wie MdB Marlene Mortler und MdL Norbert Dünkel versuchen immer wieder, diese berechtigten Befürchtungen zu entkräften, um den Protest der betroffenen Bürger und Kommunen zu reduzieren. „Die befürchtete Trasse P44mod durch das Schnaittachtal, Ottensoos und Leinburg wird durch den Freistaat abgelehnt und ist quasi vom Tisch.“

Da es sich bei der geplanten Leitungsvariante durch das Nürnberger Land um eine Trasse handelt, welche die Landesgrenze zu Thüringen überschreitet, handelt es sich nach Auskunft von Minister Söder und Staatssekretär Füracker jedoch um eine „Bundesleitung“.

Für diese ist der Freistaat Bayern gar nicht zuständig. Die Landesregierung kann sich also durch ihre Vertreter noch so sehr gegen dieses Vorhaben aussprechen – die für den Freistaat Bayern angestrebten Abstandsregelungen von 400 Meter Abstand zur Wohnbebauung würden in diesem Fall gar nicht gelten. Sollte die Trasse kommen, wird dies der Berliner Koalition zugeschrieben.

Die Frage für die Bürger des Nürnberger Lands bleibt also: Wie sieht es mit dem Schutz der bayerischen Bevölkerung aus? Welches Gewicht hat die Aussage der Staatsregierung und ihrer Vertreter bei der Bundesregierung? Inwieweit setzen sich unsere Politiker bei der Bundesregierung für die Bevölkerung des Nürnberger Landes ein, wenn sie die drohende Gefahr „als vom Tisch“ betrachten?

Auch die Netzbetreiberfirma TenneT versucht die Bevölkerung durch eine gezielt einseitige Informationspolitik zu beschwichtigen. Es werden nur ausgewählte Personen und kommunalen Vertreter, die meist nicht über das notwendige Hintergrundwissen verfügen, in den Dialog einbezogen. Bei einer Entscheidung für die P44mod würde das Unternehmen nach eigener Aussage auf die Gemeinden zugehen, um konkrete Planungen zu besprechen. Da liegt

es dann an den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden, für ihre Kommune unter Aufbietung von Verhandlungskünsten nach dem St. Floriansprinzip den besten Trassenverlauf auszuhandeln.

Auch die vermeintlich gute Nachricht, dass keine Wohnbebauung mehr überspannt werde hat einen Haken. Für die betroffene Gemeinde Schnaittach würde dies nach Aussage von Vertretern der Firma TenneT die doppelte Beeinträchtigung der Lebensqualität bedeuten: Die bestehende 110 kV Trasse durch das östliche Gemeindegebiet und eine neue 380kV Trasse in 400 Meter Abstand um das Gemeindegebiet herum.

Unter Vermeidung eines Raumordnungsverfahrens bei der Planung in einer von Ministerin Aigner favorisierten „Bestandstrasse“ und unter Einsatz des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes könnten die 75 Meter hohen Masten schneller vor unseren Haustüren stehen, als unsere Politiker eine weitere Stellungnahme dazu verfassen.